

D3-Z241



Chefredakteur Gerhard Hopf
Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer
Evidenzblatt Christoph Brenn, Richard Hargassner, Helge Hoch, Herbert Painsi,
Eckart Ratz, Martina Weixelbraun-Mohr
Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

Februar 2021

04

161 – 208

Aktuelles

Mehr Sicherheit und mehr Service in Gerichten ➔ 161

Beiträge

Beweisquelle Handy Ingeborg Zerbes ➔ 176

Die Seuche, das Risiko und der Arbeitsvertrag

Martin Gruber-Risak ➔ 165

Die Anstandsverletzung und Lärmerregung nach dem Wiener
Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) Pascal Alessandri ➔ 172

Evidenzblatt

Prüfingenieur ist kein Organ der Baubehörde Alexander Longin ➔ 183

Wiederaufnahme des Zivilprozesses wegen Wiederaufnahme
und Einstellung des Strafverfahrens Wolfgang Jelinek ➔ 191

Zusicherungen im Auslieferungsverkehr ➔ 196

Forum

OGH: Langersehnte Klärung zu insolvenzbezogenen Aufgriffsklauseln

Rahim Rastegar ➔ 205

ÖJZ aktuell 161

Beiträge

→ Die Seuche, das Risiko und der Arbeitsvertrag 165

Reflexionen zu § 1155 ABGB aus Anlass der COVID-19-Pandemie

Staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in Form des Lockdowns werfen ua auch grundsätzliche Fragen der Risikotragung im Arbeitsverhältnis auf. Zentral ist dabei, ob diese in die sog „neutrale Sphäre“ fallen, was zu einem Entfall des Entgeltanspruchs der Arbeitnehmer*innen führen würde. Dieser Beitrag weist nach, dass das nicht der Fall ist, weshalb auch nach Außerkrafttreten der Neuregelung des § 1155 Abs 3 und 4 ABGB Arbeitgeber*innen weiterhin entgeltfortzahlungspflichtig sind.

Von *Martin Gruber-Risak*

→ Die Anstandsverletzung und Lärmerregung nach dem Wiener Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) 172

Die Polizeistrafgesetze der Länder, insb das WLSG der Bundeshauptstadt, sind von enormer praktischer Bedeutung. Die meisten verwaltungsstrafrechtlichen Festnahmen erfolgen in Kombination mit einer Übertretung wegen Anstandsverletzung oder Lärmerregung. Der Beitrag behandelt, unter Berücksichtigung der Judikatur, die Verwaltungsstraftatbestände der Erregung ungebührlich störenden Lärms und der Verletzung des öffentlichen Anstands nach dem WLSG.

Von *Pascal Alessandri*

→ Beweisquelle Handy 176

Ermittlungen zwischen Sicherstellung und Nachrichtenüberwachung

Mit einem modernen Mobiltelefon werden nicht nur Gespräche geführt und Nachrichten ausgetauscht, sondern Bilder und Texte abgespeichert, Wege aufgezeichnet, Bauanleitungen heruntergeladen, Banküberweisungen getätigt, online Einkäufe und Verkäufe abgewickelt, die Stopp-Corona-App genutzt, die Sozialen Medien bedient – kurzum: Das Handy ist auf dem besten Weg, elektronisches Logbuch seines Nutzers zu werden. Der Nutzer generiert dabei keineswegs nur lokal gespeicherte Daten, sondern legt eine Datenspur auch und mittlerweile sogar vor allem auf diversen externen Speicherplätzen – Stichwort: Cloudcomputing. Stellen die Ermittlungsbehörden sein Handy sicher, erhalten sie daher auch Einblicke in Informationen, die außerhalb des sichergestellten Gegenstands gespeichert sind und deren inhaltliche Reichweite kaum abgrenzbar ist. Welche Befugnisse haben sie zu solchen Einblicken? Ist alles, was durch ein Handy eingesehen werden kann, im Rahmen der Sicherstellung auch erlaubt?

Die Überlegungen greifen das Handy als typisches IT-Gerät heraus; sie gelten freilich genauso für Laptops, Tablets, PC etc.

Von *Ingeborg Zerbes*

Evidenzblatt

→ Amtshaftungsrecht 183

OGH 30. 4. 2020, 1 Ob 10/20g

22: Prüflingenieur ist kein Organ der Baubehörde

Mit Anmerkung von *Alexander Longin*

→ Arbeitsrecht 188

OGH 23. 11. 2020, 8 ObA 48/20x

23: Wirkung einer Mandantenschutzklausel

→ Bestandrecht 189

OGH 23. 10. 2020, 8 Ob 75/20t

24: Sperrfrist bei Kündigung des Mieters einer Eigentumswohnung

→ Zivilprozessrecht 191

OGH 14. 5. 2020, 8 Ob 5/20y

25: Wiederaufnahme des Zivilprozesses wegen Wiederaufnahme und Einstellung des Strafverfahrens

Mit Anmerkung von *Wolfgang Jelinek*



→ Zivilrecht	
OGH 3. 9. 2020, 5 Ob 25/20t	
26: Zum Provisionsverbot nach dem ÄrzteG	
→ Strafprozessrecht	
OGH 11. 8. 2020, 12 Os 51/20x	
27: Zusicherungen im Auslieferungsverkehr	
→ Strafrecht	198
OGH 29. 7. 2020, 13 Os 12/20v	
28: Wiederaufleben der Strafbarkeit	

EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	199
OGH 25. 11. 2020, 9 ObA 31/20d	
23: Vorzeitiger Austritt nicht berechtigt	
→ Gesellschaftsrecht	200
OGH 16. 9. 2020, 6 Ob 64/20k	
24: GmbH: Gesellschaftsvertragliches Aufgriffsrecht für den Fall der Insolvenz	
→ Markenrecht	201
OGH 22. 10. 2020, 4 Ob 198/20a	
25: Qualitätshinweise müssen nicht beschreibend sein	
OGH 22. 10. 2020, 4 Ob 205/20f	202
26: Zur Auswahl von Kundenkarten in einer virtuellen Geldbörse dürfen auch Bildmarken verwendet werden	
→ Wettbewerbsrecht	203
OGH 10. 12. 2020, 4 Ob 182/20y	
27: Verbesselter Schutz von Geschäftsgeheimnissen	
→ Strafrecht	204
OGH 16. 9. 2020, 13 Os 62/20x	
28: Jagdmesser idR kein Gegenstand der Einziehung	
→ Strafprozessrecht	204
OGH 22. 9. 2020, 11 Os 66/20w	
29: Entnahme amtsgeheimer Aktenstücke im Ermittlungsverfahren nicht Gegenstand von Erneuerung	

Forum

→ OGH: Langersehnte Klärung zu insolvenzbezogenen Aufgriffsklauseln	205
Anmerkung zu OGH 16. 9. 2020, 6 Ob 64/20k	
Von <i>Rahim Rastegar</i>	

Standards

→ Impressum	164
→ Buchbesprechungen	207

wohnrecht blätter:

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2175

wohnrechtliche blätter:wobl

Heft 1 Jänner 2021 (34. Jahrgang)

S. 1–50

Editorial

Aufsätze

Univ.-Ass. Mag.^a *Nina Kerschbaumer*

Neues zur Gefahrtragung beim Liegenschaftskauf

Veranstaltungsbericht

Univ.-Ass. Mag. *Marco Scharmer*, B.A.

**IWD – Treuepflichten im Wohnungseigentum –
ausgewählte Fragen**

Rechtsprechung

Nr. 1–18

• MRG

1. MRG-Vollausnahme für Ein- und Zwei-Objekt-
Gebäude: Prüfung von Betriebsgebäuden und
Gebäuden auf mehreren Liegenschaften
(OGH 23. 9. 2020, 1 Ob 67/20i –
Univ.-Ass. Mag. Viola Hoti)

2. Machtwechseltheorie iSd § 12 Abs 3 MRG
und fremdnützige Treuhand
(OGH 20. 2. 2020, 5 Ob 195/19s)

3. Kaufpreisschaden mangels angezeigten
Machtwechsels liegt im Schutzbereich des § 12a MRG
(OGH 20. 10. 2020, 4 Ob 128/20g –
RA Mag. Dr. Clemens Lanschützer, LL.M. (London),
Dr. Mathias Knaff)

4. Betriebskostenrückforderungen:
Verjährungsfrist läuft erst ab Betriebskosten-
abrechnung, wenn Teilzahlungen unter Vorbehalt
einer nachträglichen Korrektur geleistet werden
(OGH 26. 3. 2020, 1 Ob 40/20v)

• WEG

5. Schaden an Stellflächen einer Stapelparkanlage
(hier: Anrostung der Fahrbleche): keine Erhaltungs-
pflicht der Eigentümergemeinschaft
(OGH 16. 1. 2020, 5 Ob 177/19v)

6. Gerichtliche Nutzwertfestsetzung vor
WE-Begründung (OGH 21. 7. 2020, 5 Ob 53/20k)

7. Änderung eines WE-Objekts: nachträglicher
Einbau von Klimageräten im Hinblick auf Arbeit-
nehmerschutzbestimmungen im wichtigen
Interesse gelegen (OGH 16. 1. 2020, 5 Ob 216/19d)



8. Änderung eines WE-Objekts: Errichtung eines
Treppenlifts im Stiegenhaus kann im wichtigen
Interesse gelegen sein

(OGH 20. 2. 2020, 5 Ob 218/19y)

29

9. Änderung eines WE-Objekts: nachträglicher
Einbau eines Balkons weder verkehrsüblich noch
im wichtigen Interesse gelegen

(OGH 8. 4. 2020, 5 Ob 44/20m)

30

10. Änderung eines WE-Objekts: Abgrenzung zu
Verwaltungsmaßnahmen

(OGH 20. 2. 2020, 5 Ob 221/19i)

31

11. Zustellung durch Hausanschlag: Unterbleiben
der individuellen Zustellung verletzt das rechtliche
Gehör (OGH 27. 11. 2019, 5 Ob 172/19h)

32

• ABGB

12. Verwendung einer Wohnung als Freizeitwohnung
ist eine Veränderung rechtlicher Natur der
gemeinschaftlichen Sache und erfordert Zustimmung
der anderen Teilhaber

(OGH 28. 8. 2018, 5 Ob 123/18a)

33

13. Dereliktion von Miteigentumsanteilen:
Herrenlosigkeit nicht verbücherungsfähig und
Aneignung nicht möglich

(OGH 20. 3. 2019, 5 Ob 204/18p –
Mag. Matthias Knoll)

35

14. Gefahrtragung beim Liegenschaftskauf und
Teilderogation durch das Gewährleistungsrecht
(OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 97/19m)

37

15. Mietzinsminderung wegen nicht vorhandenem
Sicherheitsnachweis der elektrischen Anlage (10 %)

(OGH 5. 7. 2019, 4 Ob 83/19p)

41

16. Erheblich nachteiliger Gebrauch: bauliche
Veränderungen des Mietobjekts ohne Beziehung
der Baubehörde (OGH 19. 2. 2019, 10 Ob 5/19m)

44

17. Auflösung wegen Mietzinsrückstands:
Vertragsaufhebungserklärung nach Nachfrist-
gewährung (OGH 20. 3. 2019, 3 Ob 37/19s)

45

• Abgabenrecht

18. Unter Anschaffung und Veräußerung iSd
§ 30 EStG sind die schuldrechtlichen, auf die
Eigentumsübertragung ausgerichteten Rechts-
geschäfte zu verstehen

(VwGH 24. 10. 2019, Ro 2019/15/0177 –
Dr. Christian Lenneis)

46

Literatur

50

Impressum 50

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier–TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

ZEITSCHRIFT FÜR

ZFS

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

STIFTUNGSWISSENSCHAFT

D3-Z318

STIFTUNGSRECHT UND VERMÖGENSVERWALTUNG

Dezember 2020 / Heft 4, Seiten 121–160 (16. Jahrgang)

Mit Jahresübersicht 2020 zum Herausnehmen

Judikatur

- 123 OGH: Zur Unternehmereigenschaft einer gemeinnützigen Privatstiftung
- 126 OGH: Organeigenschaft eines Stifters
- 130 OGH: Haftung des Stiftungsorgans bei Handlungen gegen den Stiftungszweck
- 132 VfGH erteilt dem Abzug der Stiftungseingangswerte bei Auflösung einer Privatstiftung eine Absage
- 136 BFG: Löschung von Abgaben
- 140 BFG: Keine Verfassungswidrigkeit der fehlenden Verlustvortragsfähigkeit bei Einkünften aus Kapitalvermögen im Privatvermögen
- 143 BFG: Kapitaleinkünfte in Fremdwährung
- 147 BFG: Höchstlaufzeit bei Lebensversicherungen
- 150 BFG: Liechtensteinische Anstalt

Herausgeber: Klaus Oberndorfer, Ernst Marschner

verlagoesterreich.at
zfs.voe.at

VERLAG
ÖSTERREICH

INHALT

EDITORIAL

- 121 **Tiefer Winter im Stiftungswesen**
Klaus Oberndorfer und Ernst Marschner

JUDIKATUR

ZIVILRECHT geleitet von Klaus Oberndorfer

- 123 **OGH: Zur Unternehmereigenschaft einer gemeinnützigen Privatstiftung**
OGH 15.9.2020, 6 Ob 32/20d (Anmerkung von Klaus Oberndorfer)
- 126 **OGH: Organeigenschaft eines Stifters**
OGH 16.9.2020, 6 Ob 141/20h
- 130 **OGH: Haftung des Stiftungsorgans bei Handlungen gegen den Stiftungszweck**
OGH 16.9.2020, 6 Ob 165/20p

ABGABENRECHT geleitet von Ernst Marschner

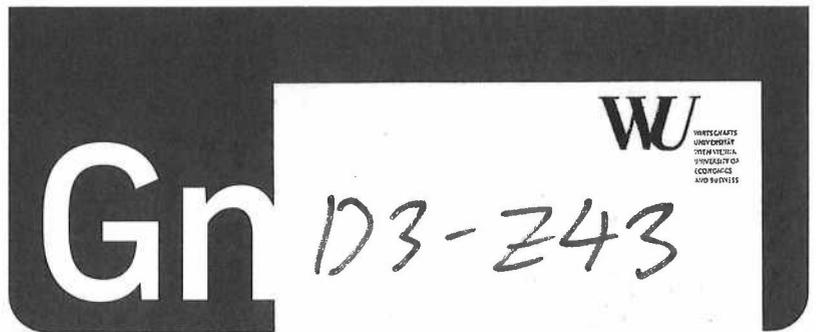
- 132 **VfGH erteilt dem Abzug der Stiftungseingangswerte bei Auflösung einer Privatstiftung eine Absage**
VfGH 21.9.2020, E 4282/2019-10; Vorinstanz: BFG 9.10.2019, RV/7102181/2017; Abtretung der Beschwerde zur Entscheidung an den Verwaltungsgerichtshof (Anmerkung von Friedrich Fraberger und Viktoria Kraus)
- 136 **BFG: Löschung von Abgaben**
BFG 23.9.2020, RS/5100011/2020, Revision zulässig (Anmerkung von Ernst Marschner)
- 140 **BFG: Keine Verfassungswidrigkeit der fehlenden Verlustvortragsfähigkeit bei Einkünften aus Kapitalvermögen im Privatvermögen**
BFG 17.4.2020, RV/7102668/2018, VfGH-Beschwerde zu E 1722/2020 anhängig (Anmerkung von Ernst Marschner)
- 143 **BFG: Kapitaleinkünfte in Fremdwährung**
BFG 28.9.2020, RV/7106221/2019 (Anmerkung von Ernst Marschner)
- 147 **BFG: Höchstlaufzeit bei Lebensversicherungen**
BFG 6.7.2020, RV/2100462/2020, Revision zulässig (Anmerkung von Ernst Marschner)
- 150 **BFG: Liechtensteinische Anstalt**
BFG 24.6.2020, RV/7103717/2019, Revision beim VwGH zu Ra 2020/13/0060 anhängig (Anmerkung von Ernst Marschner)

SERVICE-TEIL

- 158 Buchbesprechungen
- 159 Literaturreisenschau
- 160 Herausgeber
- 160 Autoren
- U3 Impressum

4 | 2021

112. Jahrgang
15. Februar 2021
S. 169–228
PVSt 6012



GmbHRundschau



Zeitschrift für Gesellschafts-,
Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgegeben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

gmbhr.de

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu · Ltd. RegDir. Ralf Neumann · RA Prof. Dr. Jochem Reichert

Zwei, die zusammengehören:
ZEITSCHRIFT



Profitieren Sie von Ihrer
ONLINE-DATENBANK

Aufsätze >	Ralf Knaier – Die Digitalisierung des deutschen Gesellschaftsrechts durch den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Digitalisierungs-RL im Gesellschaftsrecht und Handelsregisterrecht (RefE-DiRUG)	169
	Markus Gehrlein – Der Überschuldungsbegriff – Irrungen und Wirrungen	183
	Ann-Marie Kaulbach / Matthias Reidt – Interessen- und Gesellschafterkonflikte bei der Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers – Mehrheit versus Minderheit und vice versa (Teil II)	191
Rechtsprechung >	Wirtschaftsstrafrecht: Verjährungsbeginn bei Vorenthalten und Untreuen von Arbeitsentgelt gem. § 266a Abs. 1 StGB (BGH, Beschl. v. 1.9.2020 – 1 StR 58/19) <i>m. Anm. Christian Brand</i>	200
	Gesellschafter: Unzumutbare Einsicht in Handelsbücher und Geschäftsunterlagen während der Corona-Pandemie (OLG Frankfurt, Beschl. v. 1.12.2020 – 21 W 137/20, rkr.) <i>m. Anm. Dominik Nast</i>	206
	Bilanzrecht: Zur Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt (BFH, Urt. v. 19.8.2020 – XI R 32/18)	211
	Grunderwerbsteuer: Änderung im Gesellschafterbestand einer grundbesitzenden Personengesellschaft (BFH, Urt. v. 17.6.2020 – II R 18/17) <i>m. Anm. Manuel Brühl</i>	216
	Organschaft: Zum Fortbestand der finanziellen Eingliederung einer Organgesellschaft bei rückwirkender Verschmelzung des Organtägers (FG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 19.8.2020 – 1 K 1585/15, nrkr.) <i>m. Anm. Wolfgang Walter</i>	222
	GmbHR im Blickpunkt	
	Ute Schiefelbein – Was GmbH-Geschäftsführer aktuell verdienen	R48

ottoschmidt



86209472104

GmbHR

GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

**Herausgeber:**

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Ralf Knaier – Die Digitalisierung des deutschen Gesellschaftsrechts durch den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Digitalisierungs-RL im Gesellschaftsrecht und Handelsregisterrecht (RefE-DiRUG)

Am 18.12.2020 hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) den lange erwarteten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungs-RL im Gesellschaftsrecht und Handelsregisterrecht (RefE-DiRUG) veröffentlicht. Hiermit wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Digitalisierung des deutschen Gesellschaftsrechts gegangen. Das DiRUG soll die Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.6.2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht umsetzen. Wesentliche Neuerungen sind hierbei die Ermöglichung einer Onlinegründung für die GmbH und die weitere Digitalisierung der Verfahren zur Registeranmeldung bei Kapitalgesellschaften sowie Regelungen zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch zu inhabilen Geschäftsführern. Flankiert wird dieses Konzept durch eine Verbesserung der Registervernetzung und Informationszugänglichkeit im Binnenmarkt sowie eine angestrebte Verbesserung des Informationsaustauschs über Zweigniederlassungen im grenzüberschreitenden Kontext.

169

Prof. Dr. Markus Gehrlein – Der Überschuldungsbegriff – Irrungen und Wirrungen

Der Überschuldungstatbestand ist seit jeher umstritten. Rechtsprechung und Schrifttum haben lange über eine sachgemäße Auslegung gerungen. Auch der Gesetzgeber ist nicht untätig geblieben. Er hat den Überschuldungstatbestand wiederholt bis in seine Grundfesten umgestaltet. Eine erneute Änderung ist mit dem Beginn dieses Jahres in Kraft getreten. Mehr denn je benötigt die Praxis klare Orientierung.

183

Dr. Ann-Marie Kaulbach / Matthias Reidt, LL.M. (Columbia) – Interessen- und Gesellschafterkonflikte bei der Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers – Mehrheit versus Minderheit und vice versa (Teil II)

Der zweite Teil des Beitrags nimmt die Abberufung aus wichtigem Grund nach § 38 Abs. 2 GmbHG in den Blick. Insbesondere werden der Anknüpfungspunkt für das – grundsätzlich anerkannte – Stimmverbot des betroffenen Gesellschafters sowie die Rolle des Versammlungsleiters bei der Beschlussfeststellung untersucht. Nach Ansicht der Verfasser führt bereits die qualifizierte Behauptung eines wichtigen Grundes zu einem Stimmverbot des betroffenen Gesellschafters. Vorschläge zur gesellschaftsvertraglichen Gestaltung schließen sich an. Dabei zeigt sich, dass sich die identifizierten Probleme durch eine vorausschauende Satzungsgestaltung weitgehend entschärfen lassen.

191



Das Seminar „Pensionszusagen an GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer“ gibt Ihnen anhand von Fallbeispielen und Musterformulierungen wertvolle Beratungshinweise: Jetzt anmelden!

Inhalt

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

Wirtschaftsstrafrecht: Verjährungsbeginn bei Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt gem. § 266a Abs. 1 StGB

(BGH, Beschl. v. 1.9.2020 – 1 StR 58/19)
m. Anm. Christian Brand 200

Gesellschafter: Unzumutbare Einsicht in Handelsbücher und Geschäftsunterlagen während der Corona-Pandemie in vollgestelltem Kellerraum

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 1.12.2020 – 21 W 137/20)
m. Anm. Dominik Nast 206

Steuerrecht

Bilanzrecht: Zur Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt

(BFH, Urt. v. 19.8.2020 – XI R 32/18) 211

Steuerverfahrensrecht: Erlass eines „Erstattungsbescheids“ nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens

(BFH, Beschl. v. 30.6.2020 – IX R 27/18) 215

Grunderwerbsteuer: Änderung im Gesellschafterbestand einer grundbesitzenden Personengesellschaft

(BFH, Urt. v. 17.6.2020 – II R 18/17)
m. Anm. Manuel Brühl 216

Organschaft: Zum Fortbestand der finanziellen Eingliederung einer Organgesellschaft bei rückwirkender Verschmelzung des Organträgers auf unterjährigen Übertragungsstichtag

(FG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 19.8.2020 – 1 K 1585/15)
m. Anm. Wolfgang Walter 222

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Ute Schiefelbein, Neuwied – Was GmbH-Geschäftsführer aktuell verdienen R48

Unternehmensrecht

BGH: Prüfungspflicht des Notars hinsichtlich des Sicherungsinteresses für die Hinterlegung von Geld auf einem Notaranderkonto (*Stephan Ulrich*) R50
DSGVO: Datenschutz ist nicht das Ende von M&A (*Stephan Ulrich*) R50

Steuer- & Bilanzrecht

BFH: Grunderwerbsteuerbefreiung und Schenkungsaufgabe (*Christian Levedag*) R51
BFH: Erweiterte Kürzung bei Erbbaurecht, Untererbbaurecht und Dienstbarkeit (*Christian Levedag*) R52
Koalitionsfraktionen: Verlängerung der Steuererklärungsfrist in beratenen Fällen und der zinsfreien Karenzzeit für den Veranlagungszeitraum 2019 (*Georg Geberth / Martin Bartelt*) R52
BMF: Rücklage für Ersatzbeschaffung – Vorübergehende Verlängerung der Reinvestitionsfristen (*Georg Geberth / Martin Bartelt*) R53



Mit dem Scholz holen Sie das Beste heraus.

Die 12. Auflage des Scholz befindet sich auf der Zielgeraden. Band III ist frisch auf dem Markt, Band II erscheint Anfang 2021. Gönnen auch Sie sich diese Premiumkommentierungen und profitieren von Erläuterungen, die in die Tiefe gehen.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter otto-schmidt.de

Inhalt

Arbeits- & Sozialrecht

BMAS: SARS-CoV-Arbeitsschutzverordnung (Martin Pröpfer)	R53
BAG: Witwenversorgung und BilMoG (Martin Pröpfer)	R55
BAG: Anfechtung einer Betriebsratswahl wegen falscher Stimmzettel (Martin Pröpfer)	R56

Wirtschafts-Praxis

Studie zum Finanztechnologiesektor in Deutschland 2020 (Marianne Gajo)	R57
--	-----

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R58
Steuerrecht	R58

Buchbesprechungen

Ihrig/Schäfer, Rechte und Pflichten des Vorstands (Kersten v. Schenck)	R59
--	-----

**Zeitschrift und Online-Datenbank gehören zusammen!**

Nutzen Sie Ihre **Online-Vorteile** und auch die **Otto Schmidt Zeitschriften-App**! Haben Sie Fragen zu Ihren Zugangsdaten? Haben Sie Ihren alten Zugang noch nicht verlängert? **Kundenservice Telefon: 0221/93738-997.**



Systemrelevanz wird bei uns sehr geschätzt. **Neuaufgabe**

Strukturen verstehen und Neuerungen sofort anwenden können – das gelingt mit dem *Tipke/Lang* als systematischem Lehrbuch und Nachschlagewerk für alle Steuerarten, Verfahren und aktuellen Themen.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter **otto-schmidt.de**

GSZ

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2334

Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht

Europäisches und Deutsches Sicherheitsrecht / Sicherheitspolitik



Herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL.M.

Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich

Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz

Prof. Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Christoph Gusy

Prof. Dr. DDr. h.c. Matthias Herdegen

Prof. Dr. Anna-Bettina Kaiser, LL.M.

Prof. Dr. Johannes Masing

Prof. Dr. Markus Möstl

Prof. Dr. Thomas Petri

Prof. Dr. Wolfgang Roth, LL.M.

Prof. Dr. Josef Ruthig

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Sieber

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel

Dr. Dieter Weingärtner

Aus dem Inhalt

J. H. Dietrich

Der Einsatz von Verschlüsselungstechniken
zwischen Grundrechtsschutz und staatlicher
Sicherheitsgewährleistung

1

M. Fahrner

Quis custodiet ipsos custodes? Extremismus in
der Justiz und das Verhältnis der dritten Gewalt
zum Verfassungsschutz

6

T. Siems

Die Evaluation von Sicherheitsgesetzen am Beispiel
der Soldateneinstellungsüberprüfung

12

A. Schieder

Zur datenschutzrechtlichen Einwilligung in polizeiliche
Zwangsmaßnahmen

16

M. Wagner

Der Schusswaffeneinsatz bei polizeilichen
Spezialverbänden

20

BVerfG

Erweiterte Datennutzung („Data-mining“) nach dem
Antiterrordateigesetz teilweise verfassungswidrig
(Anm. M. Löffelmann)

25

EuGH

Verpflichtung zur allgemeinen und unterschiedslosen
Speicherung und Weitergabe von Verkehrs- und Standort-
daten ist auch zum Schutz der nationalen Sicherheit eines
Mitgliedstaats nicht mit dem Recht der Europäischen
Union vereinbar (Anm. A. Baumgartner)

36



C.H. BECK

1/2021

17. Februar 2021

4. Jahrgang S. 1–44

www.gsz-beck.de



Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht

Europäisches und Deutsches Sicherheitsrecht / Sicherheitspolitik



Schriftleitung: Prof. Dr. Jan-Hendrik Dietrich, Berlin
Prof. Dr. Kurt Graulich, Berlin

GSZ 1 2021

Editorial

Anna-Bettina Kaiser Notparlamente? III

GSZ aktuell

Rechtsprechung in Pressemitteilungen VII
Rechtsprechung in Leitsätzen XI
Mitteilungen und amtliche Verlautbarungen XIII
Literaturschau XVI

Aufsätze

Jan-Hendrik Dietrich Der Einsatz von Verschlüsselungstechniken zwischen Grundrechtsschutz und staatlicher Sicherheitsgewährleistung 1
Matthias Fahrner Quis custodiet ipsos custodes? Extremismus in der Justiz und das Verhältnis der dritten Gewalt zum Verfassungsschutz 6
Thomas Siems Die Evaluation von Sicherheitsgesetzen am Beispiel der Soldateneinstellungsüberprüfung 12
Alfons Schieder Zur datenschutzrechtlichen Einwilligung in polizeiliche Zwangsmaßnahmen 16
Marc Wagner Der Schusswaffeneinsatz bei polizeilichen Spezialverbänden 20

Buchbesprechungen

Immo Graf Hornung/Schallbruch: IT-Sicherheitsrecht 23

Rechtsprechung

BVerfG
10.11.2020 – 1 BvR 3214/15
Erweiterte Datennutzung („Data-mining“) nach dem Antiterror-dateigesetz teilweise verfassungswidrig
(Anm. Markus Löffelmann) 25
EuGH
06.10.2020 – C-623/17
Verpflichtung zur allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung und Weitergabe von Verkehrs- und Standortdaten ist auch zum Schutz der nationalen Sicherheit eines Mitgliedstaats nicht mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar
(Anm. Annina Baumgartner) 36

Zeitschrift für

VERGABERECHT UND BAUVERTRAGS- RECHT

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z128



Herausgeber **Josef Aicher, Michael Holoubek, Johannes Schramm, Bernt Elsner,
Michael Fruhmann, Rudolf Lessiak, Andreas Kropik**
Redaktion und Schriftleitung **Johannes Schramm, Josef Aicher**

Februar 2021

02

49 – 96

Vergaberecht

Die allgemeine Vorschrift der PSO-Verordnung – Teil 2
Philipp J. Marboe ● 53

WEBEKU-Auszug als Nachweis über die Entrichtung
der Sozialversicherungsbeiträge *Karlheinz Moick, Klaus Graf,
Bernd Hofbauer, Felicitas Zacherl, Felix Breitwieser und
Florian Kromer* ● 69

Hat die „Bestellung eines Trafikanten“ nach dem BVergGKonz 2018
zu erfolgen? *Christian Gruber und Christoph Juricek* ● 65

Bauvertragsrecht

Haftung trotz konsensgemäßen
Bauzustands *Albert Oppel* ● 80

Öffentliches Baurecht

Wiener Bauordnungsnovelle 2020 – ein Überblick
Philipp Pallitsch und Melisa Canli ● 92

→ Editorial	49
<i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i>	

ZVB-Aktuell	52
-----------------------	----

Vergaberecht

Beiträge

→ Die allgemeine Vorschrift der PSO-Verordnung – Teil 2	53
Wenn hierzulande öffentliche Personenverkehrsdienste in Rede stehen, betrifft es zumeist öffentliche Dienstleistungsverträge und – oft umkämpfte – Direktvergaben. Derweil sieht die PSO-Verordnung mit der allgemeinen Vorschrift ein alternatives Interventionsinstrument vor. Die zuständigen Behörden können Höchsttarife als gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen erlassen. Sowohl Verkehre auf der Schiene als auch auf der Straße kommen in Betracht. Der Beitrag beleuchtet dieses bislang kaum beachtete Rechtsinstrument, welches das Interventionspektrum der Aufgabenträger erweitert. Zugleich wirft es eine Vielzahl an komplexen Rechtsfragen auf. Etliche davon harren einer eingehenden Untersuchung.	
<i>Von Philipp J. Marboe</i>	

→ WEBEKU-Auszug als Nachweis über die Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge	59
Im Zuge der Eignungsprüfung haben öffentliche Auftraggeber unter anderem zu überprüfen, ob die Bieter ihrer Verpflichtung zur Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge nachkommen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Anlassfall den von einer Bieterin vorgelegten WEBEKU-Auszug nicht als ausreichenden Nachweis erachtet. Dieser Beitrag beleuchtet die gesetzlichen Anforderungen an einen solchen Nachweis und regt eine neuerliche Befassung mit dieser Frage durch die Verwaltungsgerichte an.	
<i>Von Karlheinz Moick, Klaus Graf, Bernd Hofbauer, Felicitas Zacherl, Felix Breitwieser und Florian Kromer</i>	

→ Hat die „Bestellung eines Trafikanten“ nach dem BVergGKonz 2018 zu erfolgen?	65
Nein . . . , entschied das BVwG am 12. 6. 2020. Einheitlich trat das BVwG in der jüngsten Vergangenheit bei der Beantwortung dieser Rechtsfrage jedoch nicht auf. Einige Monate zuvor wurde die Rechtsauffassung vertreten, dass die Bestellung eines Trafikanten sehr wohl auf einer Dienstleistungskonzession iSd § 6 BVergGKonz 2018 beruhe. Anlässlich der uneinheitlichen Rechtsprechungspraxis werden im Zuge dieses Beitrags die rechtlichen Ausführungen der Entscheidungen beleuchtet und einander gegenübergestellt.	
<i>Von Christian Gruber und Christoph Juricek</i>	

ZVB-Leitsatzkartei

→ ZVB-LSK 2021/9–18	70
-------------------------------	----

Rechtsprechung

→ Die korrekte Durchführung einer Aufklärung	71
BVwG 2. 11. 2020, W120 2233601-1	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Georg Gruber und Thomas Gruber</i>	
→ Solange objektiv geht, gilt subjektiv nicht!	76
LVwG NÖ 8. 9. 2020, LVwG-VG-7/002–2020	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Beatrix Lehner</i>	

Bauvertragsrecht

Beitrag

- Haftung trotz konsensgemäßen Bauzustands 80

Haftung trotz konsensgemäßen Bauzustands – zugleich ein Beitrag zum Thema „Stand der Technik“
Teil 1 – zivil- und strafrechtliche Seite

Vor allem im **historischen Bestand** und im sonstigen **Altbestand** reicht es mitunter nicht aus, das Gebäude im konsensmäßigen Zustand zu erhalten oder in den konsensmäßigen Zustand instand zu setzen. Vor allem zivilrechtliche, aber auch strafrechtliche Pflichten reichen mitunter weiter. Die behördlichen Möglichkeiten, mittels Bauauftrags an einen sicheren Gebäudezustand durchzusetzen, scheinen den zivil- und strafrechtlichen Anforderungen an die Gebäudesicherheit „hinterherzuhinken“.

Von *Albert Oppel*

Rechtsprechung

- Haftungsrechtliche Konsequenzen einer baurechtlichen
 Fertigstellungsanzeige 89

OGH 20. 10. 2020, 4 Ob 94/20 g

Mit Anmerkung und Praxistipp von *Tatjana Chiwitt-Oberhammer*

Öffentliches Baurecht

Beitrag

- Wiener Bauordnungsnovelle 2020 – ein Überblick 92

Am 13. 10. 2020 wurde im Landesgesetzblatt für Wien Nr 60/2020 und Nr 61/2020 die jüngste Novelle zur Wiener Bauordnung (WrBO-Nov 2020) kundgemacht. Diese umfangreiche Novelle bringt unter anderem eine Photovoltaikpflicht auch für Wohnbauten sowie die Pflicht zur Schaffung von Ladeinfrastruktur, schafft die Grundlagen für die künftige elektronische Abwicklung von Bauverfahren und erweitert den Stadtplanungs-Zielkatalog um Klimafragen.

Von *Philipp Pallitsch und Melisa Canli*

Standards

- Impressum 49

[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Mag. *Felix Breitwieser* ist Vergabejurist im Fonds Soziales Wien, Stabsstelle Technische Betriebsführung
 Mag. *Melisa Canli*, Rechtsanwaltsanwärtin bei SHMP Rechtsanwälte GmbH
 Dr. *Tatjana Chiwitt-Oberhammer*, M.A., in D und CH zugelassene Rechtsanwältin
 Mag. *Klaus Graf*, Vergabejurist in der Österreichischen Gesundheitskasse, Bereich Wirtschaft und Infrastruktur
 Mag. *Christian Gruber*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Georg Gruber*, Vergabejurist
 Mag. *Thomas Gruber*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Dr. *Bernd Hofbauer* ist Vergabejurist im Wiener Gesundheitsverbund, Generaldirektion, Serviceeinheit Einkauf
 Mag. *Christoph Juricek*, Rechtsanwaltsanwärtin bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Gabriel Kielbasa*, Rechtsanwaltsanwärtin bei FSM Rechtsanwälte
 Mag. *Florian Kromer*, Vergabejurist in der ÖBB-Business Competence Center GmbH
 Mag. *Beatrix Lehner*, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts
 Dr. *Philipp J. Marboe*, Rechtsanwalt in der Kanzlei WOLF THEISS Rechtsanwälte in Wien
 Dr. *Karlheinz Moick*, Partner der Kanzlei FSM Rechtsanwälte
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Dr. *Philipp Pallitsch*, LL.M., Partner der auf öffentliches Wirtschaftsrecht spezialisierten Fachkanzlei SHMP Rechtsanwälte GmbH
 Mag. *Hannes Pesendorfer*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Dr. *Felicita Zacherl*, Vergabejuristin in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Bereich Recht, Compliance und Interne Audits

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. *Stephan Denk*, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer
 Dr. *Heimo Ellmer*, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger

Dr. *Hans Göllés*, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe
 Mag. *Reinhard Grasböck*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Doz. Dr. *Brigitte Gutknecht*, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien
 Univ.-Prof. DI Dr. *Andreas Kropik*, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger
 Hon.-Prof. Dr. *Rudolf Lessiak*, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht
 Dr. *Matthias Öhler*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Franz Pachner*, BMWFW iR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. *Otto-Imre Pathy*, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
 Dr. *Robert Berger*, Amt der Salzburger Landesregierung
 Dr. *Doris Hattenberger*, Universität Klagenfurt
 Mag. *Beatrix Lehner*, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. *Christian Ruzicka*, Stadt Wien, MA 63
 Dr. *Sigmund Rosenkranz*, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol
 Mag. *Manja Schlossar-Schiretz*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Mag. *Karin Schnabl*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Dr. *Volker Wurdinger*, Landesverwaltungsgericht Tirol

RdE Rec *D3-Z 298*

Energiewirtschaft

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



Herausgeber:

Prof. Dr. Jürgen F. Baur
Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß
Markus Moraing (Schriftleitung)

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Achim-Rüdiger Börner
Prof. Dr. Joachim Bornkamm
Prof. Dr. Ulrich Büdenbender
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Thomas v. Danwitz
Dr. Ludger Diestelmeier
Peter Faross
Peter Franke
Andrees Gentzsch
Helmut Herdt
Prof. Dr. Jörg Gundel
Dr. Walter Hohlefelder
Johannes Kindler
Dr. Wolfgang Kirchhoff
Prof. Dr. Michael Kloepfer
Prof. Dr. Torsten Körber
Dr. Bernd Kunth
Wiegand Laubenstein
Prof. Dr. Markus Ludwigs
Prof. Dr. Kurt Markert
Dr. Andreas Metzenthin
Prof. Dr. Jochen Mohr
Andreas Mundt
Birgit Ortlieb
Prof. Dr. Johann-Christian Pielow
Dr. Kai Uwe Pritzsche
Andreas Röhling
Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Franz J. Säcker
Prof. Dr. Dr. Peter Salje
Michaela Schmidt-Schlaeger
Dr. Boris Scholtka
Prof. Dr. Stefan Simon
Prof. Dr. Dres. h.c. Klaus Stern
Prof. Dr. Hartmut Weyer

Prof. Dr. Walter Frenz

Klimahaftung der Energiekonzerne

Dr. Hendrik Wessling

Bilanzkreise: Der Bewirtschaftungsgrundsatz des »aktiven Mitregelns« und
Transparenzpflichten der Übertragungsnetzbetreiber

BGH

Urt. v. 10.06.2020 – VIII ZR 289/19

Zu Inkassokostenpauschalen in Energielieferverträgen mit Privatkunden

BGH

Beschl. v. 01.09.2020 – EnVR 104/18

Zur Missachtung nicht-formularer Formatvorgaben der BNetzA
(Formular-Unterschriftsfeld)

OLG Düsseldorf

Beschl. v. 16.09.2020 – VI-3 Kart 750/19 (V)

Zur BNetzA-Festlegung REGENT GP

OLG Düsseldorf

Beschl. v. 16.09.2020 – VI-3 Kart 751/19 (V)

Zur BNetzA-Festlegung AMELIE

OLG Schleswig

Urt. v. 03.09.2020 – 6 U 16/19

Zu irreführender Werbung für »grünen Regionalstrom«

RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 2/2021



A. Beiträge

<i>Frenz</i>	Klimahaftung der Energiekonzerne?	61
<i>Wessling</i>	Bilanzkreise: Der Bewirtschaftungsgrundsatz des »aktiven Mitregels« und Transparenzpflichten der Übertragungsnetzbetreiber	69

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Urt. v. 10.06.2020 – VIII ZR 289/19 Zu Inkassokostenpauschalen in Energielieferverträgen mit Privatkunden	76
<i>BGH</i>	Beschl. v. 01.09.2020 – EnVR 104/18 Zur Missachtung nicht-formularer Formatvorgaben der BNetzA (Formular-Unterschriftsfeld)	83
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 16.09.2020 – VI-3 Kart 750/19 (V) Zur BNetzA-Festlegung REGENT GP	88
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 16.09.2020 – VI-3 Kart 751/19 (V) Zur BNetzA-Festlegung AMELIE	107
<i>OLG Schleswig</i>	Urt. v. 03.09.2020 – 6 U 16/19 Zu irreführender Werbung für »grünen Regionalstrom«	113

NZBau

B 51514



Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

D3 - Z148

Privates Baurecht · Recht der Architekten und Ingenieure · Vergaberecht

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Meinrad Dreher
Prof. Dr. Heiko Fuchs
Prof. Dr. Klaus Englert
Wolfgang Jaeger
Günther Jansen
Reinhard Janssen
Prof. Dr. Ralf Leinemann
Prof. Dr. Burkhard Messerschmidt
Prof. Dr. Gerd Motzke
Dr. Marc Opitz
Dr. Hans-Joachim Prieß
Dr. Tobias Rodemann
Dagmar Sacher
Ulrich Schröder

www.nzbau.de

Aus dem Inhalt

- St. Bolz*
Die kalkulatorisch unklare statt lückenhafte
Leistungsbeschreibung – Ein Plädoyer für begriffliche
Klarheit 83
- J. Vorsteher*
Surrogations- und Differenzmethode im Mehr-
Personen-Verhältnis 88
- Ch. Wagner*
Bärendienst für harmonisierte Bauprodukte 92
- S. Schnitzler/C. L. Kripke*
Inhouse-Vergabe nach „echter“ Kompetenzübertragung 94
- A. Rosenkötter*
Wissen ist Macht – Akteneinsicht bei der Überprüfung
von Vergabeentscheidungen 96
- EuGH*
Vermarktung von Bauprodukten 100
- OLG Brandenburg*
Mitteilung zu Bauzeitverschiebung als Änderungs-
anordnung 106
mit Praxisanmerkung *A. J. Roquette* 108
- OLG Hamm*
Gesamtschuldnerausgleich zwischen Architekt und
Bauunternehmer 120
- OLG Frankfurt a. M.*
Zulässigkeit der Bevorzugung von Newcomern –
Rheingau-Taunus-Kreis 127

Mit Editorial von *U. Schröder*,
Der Schnelle ist immer der Böse
(S. 81)

Mit Beilage: NZBau-Register 2020



2/2021

10. Februar 2021
22. Jahrgang S. 81–144



3450202102

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten und Ingenieure · Vergaberecht

NZBau 2/2021

Februar 2021 · 22. Jahrgang 2021 · Seite 81–144

Schriftleitung: Prof. Dr. Meinrad Dreher, LL.M., Mainz; Rechtsanwalt Prof. Dr. Heiko Fuchs, Mönchengladbach

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.



Mit Beilage: NZBau-Register 2020

Inhalt

Editorial	<i>U. Schröder</i> , Der Schnelle ist immer der Böse	81	
Aufsätze	<i>St. Bolz</i> , Die kalkulatorisch unklare statt lückenhafte Leistungsbeschreibung – Ein Plädoyer für begriffliche Klarheit	83	
	<i>J. Vorsteher</i> , Surrogations- und Differenzmethode im Mehr-Personen-Verhältnis	88	
	<i>Ch. Wagner</i> , Bärendienst für harmonisierte Bauprodukte	92	
Entscheidungsbesprechungen	<i>S. Schnitzler/C. Kripke</i> , Inhouse-Vergabe nach „echter“ Kompetenzübertragung (zu <i>EuGH NZBau 2020</i> , 528)	94	
	<i>A. Rosenkötter</i> , Wissen ist Macht – Akteneinsicht bei der Überprüfung von Vergabeentscheidungen (zu <i>OLG Hamburg NZBau 2020</i> , 683; <i>OLG Köln NZBau 2020</i> , 684)	96	
Literatur	<i>W. Langen</i> , Werk- und Bauvertragsrecht (<i>J. Bröker</i>)	99	
	<i>Th. Wilrich</i> , Bausicherheit (<i>G. Meyer</i>)	99	
Rechtsprechung			
Privates Baurecht			
EuGH	17.12.20 – C-688/19 P	Vermarktung von Bauprodukten	100

OLG Brandenburg	25. 6.20– 12 U 59/19	Mitteilung zu Bauzeitverschiebung als Änderungsanordnung mit Praxisanmerkung von A. J. Roquette	106 108
OLG Hamburg	16. 7.20– 8 U 61/19	Einverständl. Mängelprotokoll bei Abnahme als deklarator. Schuldanerkenntnis	109
OLG Brandenburg	27. 8.20– 12 U 28/20	Einschränkung des Leistungsverweigerungsrechts in Abnahmeformular	111
OLG Saarbrücken	10. 6.20– 5 U 74/19	Erwerbsgestattung für weiterverwertbare Steine nach Garagenabbruch	113
OLG München	26. 3.20– 9 W 230/20	Grob unrichtiger Beweisbeschluss als Befangenheitsgrund	116
LG Hamburg	24. 7.20– 313 O 362/16	Zustellung „demnächst“ bei Verzögerung nach Schuldnerumzug ins Ausland	117
Recht der Architekten und Ingenieure			
OLG Hamm	8. 7.20– 12 U 74/19	Gesamtschuldnerausgleich zwischen Architekt und Bauunternehmer	120
Vergaberecht			
EuGH	18. 11.20– C-299/19	Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr bei öffentl. Bauaufträgen – Techbau (Ls.)	127
OLG Frankfurt a.M.	1. 10.20– 11 Verg 9/20	Zulässigkeit der Bevorzugung von Newcomern – Rheingau-Taunus-Kreis	127
OLG Rostock	12. 8.20– 17 Verg 2/20	Unzuläss. Kriterium d. Gesamtflottenstärke – Intensivtransporthubschrauber	132
OLG Celle	31. 3.20– 13 Verg 13/19	Unzulässigkeit einer produktscharfen Ausschreibung – DME der Region H.	136
OLG Celle	5. 10.20– 13 Verg 5/20	Gewährung von Akteneinsicht durch Vergabekammer – Straßenreinigung L.	144

Umschlaginformationen

NZBau aktuell

V

ISSN 1439-6351

NZBau – Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Schriftleitung (v. i. S. d. P.):
Prof. Dr. Meimrad Dreher, LL.M. (Vergaberecht), Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Haus Recht und Wirtschaft, 55099 Mainz, Telefon: (0 61 31) 39-25672, Telefax: (061 31) 39-25675, E-Mail: m.dreher@uni-mainz.de;
Rechtsanwalt Prof. Dr. Heiko Fuchs (Privates Baurecht), Viersener Straße 16, 41061 Mönchengladbach, Telefon: (021 61) 8 11-6 01, Telefax: (021 61) 8 11-777, E-Mail: heiko.fuchs@kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den Textteil): Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M.A. (Rechtsprechung), Rechtsanwältin Kerstin Korn (Aufsätze und Schlussredaktion); Rechtsanwalt Dr. Hans von Gehlen, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49, E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetz-

lichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert

oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-609, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Mehling.**

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2021: Jährlich € 335,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 32,- (inkl. MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahresteierteile und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

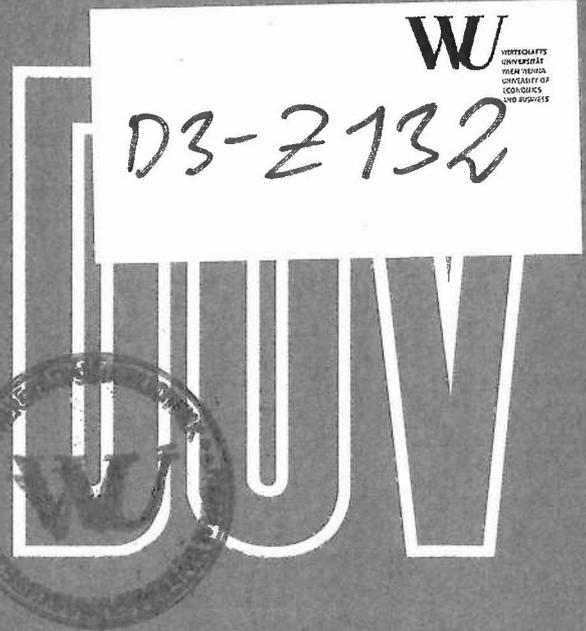
Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: HOLZMANN DRUCK GmbH & Co. KG, Gewerbestraße 2, 86825 Bad Wörishofen.

CO₂
neutral
chbeck.de/nachhaltig

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft



74. Jahrgang Februar 2021
Heft 4 Seiten 137-180

Thorsten Siegel/Jana Himstedt,
Neues Planungsrecht für
Straßenbahnen

Andreas Dietz, Mittelbare Dritt-
wirkungsnormen im Sachenrecht?

Boas Kümper, Quantitative
Vorgaben zur Reduzierung des
kommunalen Flächenverbrauchs
durch Raumordnungsziele

**Verena Stürmer/Heinrich
Amadeus Wolff,** Die parlamenta-
rische Datenverarbeitung und die
Datenschutzgrundverordnung

EuGH, Anwendungsbereich der
Datenschutz-Grundverordnung
(vgl. Beitrag *Stürmer/Wolff*)

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de
Kohlhammer

4

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Thorsten Siegel/Jana Himstedt*, Berlin, Neues Planungsrecht für Straßenbahnen
– Zu den Auswirkungen dreier Planungsgesetze aus dem Jahr 2020 auf die
Planfeststellung nach dem Personenbeförderungsgesetz 137
- Andreas Dietz*, Augsburg, Mittelbare Drittwirkungsnormen im Sachenrecht? 147
- Boas Kümper*, Münster, Quantitative Vorgaben zur Reduzierung des kommunalen
Flächenverbrauchs durch Raumordnungsziele – Regelungsperspektiven und Rechtsfragen 155
- Verena Stürmer/Heinrich Amadeus Wolff*, Bayreuth, Die parlamentarische Datenverarbeitung
und die Datenschutzgrundverordnung – Zugleich Anmerkungen zu EuGH, Urt. v. 9.7.2020,
C 272/19, VQ gegen Land Hessen 167

Rechtsprechung

- EuGH*, Urteil vom 9.7.2020 – C-272/19 – Land Hessen – Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung
(vgl. Beitrag *Stürmer/Wolff*) 171

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

101. *EuGH*, Urteil vom 19.11.2020 – C-663/18 – B S u. a. – Vermarktung von in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig
hergestelltem Cannabidiol 174

Verfassungsgerichte

102. *VerfGH Rheinh.-Pf.*, Urteil vom 30.10.2020 – VGH O 52/20 – Anforderungen an einen Fraktionsausschluss 174
103. *VerfGH BW*, Urteil vom 9.11.2020 – 1 GR 101/20 – Recht der Parteien auf Chancengleichheit bei Wahlen;
Beibringung von Unterstützungsunterschriften in Zeiten der Sars-CoV-2-Pandemie 174

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

104. *HessVGH*, Beschluss vom 12.10.2020 – 5 A 3073/19 – Heranziehung zur Erstattung von Reparaturkosten für eine
Grundstücksanschlussleitung 175
105. *VG Cottbus*, Urteil vom 22.9.2020 – 4 K 1787/14 – Wasserversorgungsbeitrag; Steuerfreiheit für diplomatische
Vertretungen 175

Öffentliches Dienstrecht

106. *BVerwG*, Urteil vom 17.9.2020 – 2 C 2.20 – Folgen des Verstoßes gegen die Vorgabe der Gleichgewichtung der
Einzelmerkmale einer Regelbeurteilung 175
107. *OVG NRW*, Beschluss vom 6.7.2020 – 20 A 4217/18.PVB – Mitbestimmung bei der Übertragung einer
höherwertigen Tätigkeit 175
108. *HessVGH*, Beschluss vom 1.10.2020 – 1 B 1552/20 – Abbruch eines Auswahlverfahrens 175
109. *OVG Rheinh.-Pf.*, Beschluss vom 29.10.2020 – 2 B 11161/20.OVG – Rechtsschutz gegen eine amtsärztliche
Untersuchungsanordnung 175

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

110. *HessVGH*, Beschluss vom 20.8.2020 – 7 A 2315/17.Z – Anerkennung eines sog. IB-Certificate und eines
„High School Diplomas“ als schulischen Teil der deutschen Fachhochschulreife 176
111. *NdsOVG*, Beschluss vom 9.11.2020 – 2 ME 426/20 – Äußerungsrecht des AstA zu „Corona-Leugnern“ an der
Hochschule 176

Polizei- und Ordnungsrecht

112. *VGH BW*, Beschluss vom 28.10.2020 – 1 S 2771/20 – Untersagung der Haltung eines Kampfhundes und
Beschlagnahme 176



Kommunalrecht

113. *VGH BW*, Beschluss vom 7.11.2020 – 1 S 3510/20 – Einstweiliger Rechtsschutz im Vorfeld einer Kommunalwahl 176

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

114. *OVG NRW*, NK-Beschluss vom 3.9.2020 – 4 B 1253/20.NE – Ladenöffnung an Sonntagen 176

Gesundheits- und Lebensmittelrecht

115. *OVG Rheinl.-Pf.*, Urteil vom 21.8.2020 – 8 A 10749/20.OVG – Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure 177
116. *HessVGH*, Beschluss vom 1.10.2020 – 7 B 2192/20 – Empfehlung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Unterricht; öffentlich-rechtlicher Abwehrenspruch 177
117. *VGH BW*, NK-Beschluss vom 5.11.2020 – 1 S 3405/20 – Coronavirus; Zweiter Lockdown; Beherbergungsverbot; Parlamentsvorbehalt 177
118. *VGH BW*, NK-Beschluss vom 6.11.2020 – 1 S 3388/20 – Coronavirus; Zweiter Lockdown; Gastronomie; Parlamentsvorbehalt 177

Boden- und Landwirtschaftsrecht

119. *NdsOVG*, Urteil vom 4.11.2020 – 10 LB 207/19 – Rechtsnachfolge im Anwendungsbereich der Milchverringerungsverordnung 178

Bau- und Planungsrecht

120. *OVG NRW*, Beschluss vom 27.8.2020 – 8 A 3144/19 – Anforderungen an die Belehrung über Rügeobliegenheiten 178
121. *VGH BW*, Urteil vom 3.9.2020 – 5 S 1837/18 – Kontrollbefugnis bezüglich nicht gerügter Verfahrensfehler bei Aufstellung eines Bebauungsplans; Anschlussberufung; Nachreichen der Begründung 178
122. *VGH BW*, NK-Urteil vom 9.9.2020 – 5 S 2132/17 – Aussichtslage als schutzwürdiger Belang 178
123. *HessVGH*, NK-Urteil vom 17.9.2020 – 4 C 619/18.N – Angebotsbebauungsplan; Umweltverträglichkeitsprüfung 178
124. *HessVGH*, Beschluss vom 22.10.2020 – 4 B 1371/20 – Zulassung eines „Frühstückshotels“ innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Störfallbetriebes 178

Naturschutz- und Umweltrecht

125. *HessVGH*, Beschluss vom 21.10.2020 – 6 B 2381/20.T – Änderungsgenehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen in einem Zwischenlager 178
126. *NdsOVG*, NK-Urteil vom 3.11.2020 – 4 KN 214/17 – Überprüfung einer Naturschutzgebietsverordnung 178

Wasserrecht

127. *HambOVG*, Urteil vom 27.10.2020 – 1 Bf 437/19 – Heranziehung zu Wasserentnahmegebühren 179

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

128. *BVerwG*, Urteil vom 23.6.2020 – 9 A 22.19 – Rücknahme oder Widerruf eines bestandskräftigen Planfeststellungsbeschlusses 179
129. *VGH BW*, Urteil vom 30.9.2020 – 5 S 969/18 – Eisenbahnrechtliche Planfeststellung; Brandschutz; Klagebefugnis 179

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

130. *VGH BW*, Beschluss vom 26.10.2020 – 12 S 2380/20 – Folgeantrag; drohende Abschiebung; Beschwerdeausschluss 179

Sonstiges Verwaltungsrecht

131. *OVG Rheinl.-Pf.*, Urteil vom 22.9.2020 – 8 A 10652/20.OVG – Rückforderung von Zuwendungen für eine Wiederaufforstung 179
132. *VGH BW*, Urteil vom 6.10.2020 – 5 S 1039/18 – Klage eines Jagdgenossen auf Unwirksamkeit eines jagdrechtlichen Abrundungsvertrags 180
133. *VGH BW*, Urteil vom 7.10.2020 – 5 S 2617/19 – Heranziehung des Jagdausübungsberechtigten für die Beseitigung jagdlicher Missstände 180
134. *NdsOVG*, Urteil vom 4.11.2020 – 10 LB 138/19 – Kosten der Quarantäneunterbringung von Hunden 180

Gerichtsverfahrensrecht

135. *VGH BW*, Beschluss vom 4.11.2020 – A 11 S 3308/20 – Terminverlegungsantrag wegen Erkrankung des Prozessbevollmächtigten 180

der gemein haushalt

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2313

2 Fachzeitschrift
für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
2021 das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht

122. Jahrgang

Inhalt

Aufsätze

- Prof. Dr. René Geißler**, Professor für öffentliche Wirtschaft und Verwaltung, Technische Hochschule Wildau, Brandenburg
Der kommunale Produkthaushalt in Brandenburg. Gute Rechtsetzung, wenig Umsetzung.. 25
- Horst Meffert**, Referent für Finanzen beim Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
Kommunaler Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz verfassungswidrig – Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 16.12.2020 29
- Dr. Ulrich Keilmann**, Direktor beim Hessischen Rechnungshof u. Abteilungsleiter der ÜPKK in Hessen,
Dr. Marc Gnädinger, Referatsleiter Grundsatz ÜPKK
und
Felix Volk, Referent Grundsatz ÜPKK
Verbreitungsgrad und Wirtschaftlichkeit kommunaler Bäder 35
- Erwin Ruff**, Dipl.-Verwaltungswirt (FH), ehem. Landratsamt Ludwigsburg, überörtliche Kommunalprüfung
Die Mietkaution in der kommunalen Wohnungsverwaltung 38
- Günter Thiel**, Mitarbeiter einer Kommunalverwaltung in Rheinland-Pfalz
Einsicht in Gewerbesteuerakten durch Ratsfraktion 43
- Aus der Rechtsprechung** 44

103-2143

ZSR

Zeitschrift für Schweizerisches Recht
Revue de droit suisse
Rivista di diritto svizzero
Revista da dretg svizzer

Band 140 (2021) I · Heft 1

Herausgeber

Pascal Pichonnaz

Ruth Arnet

Samantha Besson

Peter Isler

Vincent Martenet

Andreas Zünd

Helbing Lichtenhahn Verlag

zeds
ZSR



Zeitschrift für Schweizerisches Recht
Revue de droit suisse
Rivista di diritto svizzero
Revista da dretg svizzer

Band 140 (2021) I · Heft I

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- FRANZ WERRO, Le recours du responsable (art. 51 al. 2 CO),
celui de l'assureur privé (art. 95c al. 2 LCA) et la prescription
de l'action récursoire (art. 139 CO) 3
- ERNST A. KRAMER, Die Nichtbeachtung eines für Vertragsänderungen
vereinbarten Formvorbehalts («No Oral Modification Clause») 33
- ARNAUD NUSSBAUMER, L'interprétation des contrats et le fardeau
de la preuve 47
- ANDREAS GLASER/MARIANNE SCHÄFER, Die Gültigkeit von
Volksinitiativen als Gegenstand kantonaler Verfassungsgerichtsbarkeit 69
- JEAN A. MIRIMANOFF, Le droit des parties d'accéder à la médiation
en procédure civile 101

Buchbesprechung

- Die Gutachten Eugen Hubers in seiner Berner Zeit (*Theodor Bühler*) 119